

## Hermann Brill

Originaltext (<https://gedenkplaetze.info/biografien/hermann-brill>)

Gedenktafel für Hermann Brill  
William-Shakespeare-Str. 8  
99423 Weimar



Hermann Brill, 1930 (Bundesarchiv, Bild 146-1974-008-05 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 DE <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>>, via Wikimedia Commons)

Hermann Brill war ein deutscher Politiker, Jurist und Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten. Er wurde 1895 Gräfenroda in Thüringen geboren. Sein Vater war Handwerksmeister und Sozialdemokrat. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er 1918 für wenige Monate und war Teil der Zeppelintruppe. Nach dem Ende des Krieges engagierte sich Hermann für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die

### **Creative Commons Lizenz für diesen Lernbaustein:**

Dieser Lernbaustein wurde vom Thüringer Volkshochschulverband e. V. unter der Lizenz CC-BY-SA 4.0 veröffentlicht.

Dieser Lernbaustein kann unter Angabe des Urhebers und Quellen sowie der Informationen zum Projekt geteilt, genutzt und angepasst werden. Er ist unter der gleichen Creative Commons Lizenz zu lizenzieren.



Ein Projekt der Bildungsagenda NS-Unrecht

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

sich für ein rasches Kriegsende und eine sozialistische Revolution einsetzte. In Thüringen war die Partei stark und Brill wurde ein wichtiger Abgeordneter und Verwaltungsbeamter. Nachdem rechte Parteien an die Macht kamen, musste er seine Stelle aufgeben. In den 1920er Jahren studierte er auch Jura und wurde Richter am Thüringer Staatsgerichtshof. Das war das höchste Gericht in Thüringen.

Hermann Brill traf den Anführer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, das erste Mal im März 1932 persönlich. Er berichtete später, dass er Hitler für einen brutalen und rücksichtslosen Menschen hielt und gegen seine Politik ankämpfen wollte. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 verlor Brill seine Arbeit. Er schloss sich dem Widerstand an – das bedeutete: Er arbeitete heimlich gegen das NS-Regime. Er beteiligte sich an mehreren geheimen Gruppen, die den Nazis widersprachen und über eine neue, freie Ordnung nachdachten. Die größte dieser Gruppen nannte sich „Neu Beginnen“.

Dieser Widerstand brachte Brill in große Gefahr. Die Polizei der Nazis entdeckte seine Arbeit, und Brill wurde 1938 verhaftet. Er kam in verschiedene Gefängnisse und 1943 ins Konzentrationslager (KZ) Buchenwald. Dort litt er unter den schlimmen Bedingungen, aber setzte seinen Widerstand fort. Im Lager sprach er mit anderen Häftlingen auch über eine bessere Zukunft nach dem Ende des NS-Regimes. Sie gründeten eine geheime Gruppe, deren Vorsitzender Brill war. Gemeinsam schrieben sie das „Manifest von Buchenwald“. Das war ein Dokument, dessen Unterzeichner sich zu einem demokratischen Sozialismus und der Bekämpfung des Faschismus verpflichteten.

Hermann Brill überlebte das KZ und engagierte sich 1945, sofort nach der Befreiung aus dem KZ, politisch. Besonders wichtig war dabei der Aufbau eines Rechtsstaats – also eines Staates, in dem Gesetze für alle gelten und niemand willkürlich verfolgt wird. In Thüringen arbeitete er für einige Monate mit den US-amerikanischen Besatzungsbehörden zusammen und wurde Regierungspräsident des Landes, also dessen höchster Beamter. Als Thüringen an die sowjetische Besatzungszone übergeben wurde, musste Brill seine Arbeit aufgeben. Er zog nach Hessen und war dort politisch sehr aktiv.

Hermann Brill wurde wieder Mitglied der SPD und arbeitete im Bundestag. Er war auch Professor für Staatsrecht in Frankfurt am Main und arbeitete an der Verfassung für Westdeutschland, dem Grundgesetz, mit. Bis zu seinem Tod im Jahr 1959 setzte er sich weiter für Demokratie und Menschenrechte ein.



Brill-Gedenktafel in Weimar (Ghostwriter123, CC BY-SA 3.0

<<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons)

## Quellen/Literatur

Knigge-Tesche, Renate / Reif-Spirek, Peter (Hg.): Hermann Louis Brill (1895–1959). Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden 2011.

Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

Schulz, Eberhart: Entwürfe für einen demokratischen Sozialismus. Hermann Brill (1895–1959), in: Hesselbarth, Mario / Schulz, Eberhart / Weißbecker, Manfred (Hg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen: biographische Skizzen, Jena 2006, S. 67–76.

Weber, Petra: Gescheitertes „Neu Beginnen“ – Hermann Louis Brill (1895–1959). Sozialist, Pädagoge und Schulreformer, in: Hein, Bastian / Kittel, Manfred / Möller, Horst (Hg.): Gesichter der Demokratie- Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 125–143.

### Creative Commons Lizenz für diesen Lernbaustein:

Dieser Lernbaustein wurde vom Thüringer Volkshochschulverband e. V. unter der Lizenz CC-BY-SA 4.0 veröffentlicht.

Dieser Lernbaustein kann unter Angabe des Urhebers und Quellen sowie der Informationen zum Projekt geteilt, genutzt und angepasst werden. Er ist unter der gleichen Creative Commons Lizenz zu lizenzieren.



Ein Projekt der Bildungsagenda NS-Unrecht

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

### Weiterführende Links:

<https://www.erinnerungsbruecken.de/> (Projektwebseite "Erinnerungsbrücken" mit Bildungsmaterialien)

<https://www.buchenwald.de/geschichte/biografien/ltg-ausstellung/hermann-brill> (Informationen der Gedenkstätte Buchenwald)

<https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/hermann-brill/> (Kurzbiographie zu Brill)

<https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/1969> (Datenbank zu Demokratinnen und Demokraten – hier Eintrag zu Brill)

**Creative Commons Lizenz für diesen Lernbaustein:**  
Dieser Lernbaustein wurde vom Thüringer Volkshochschulverband e. V. unter der Lizenz CC-BY-SA 4.0 veröffentlicht.  
Dieser Lernbaustein kann unter Angabe des Urhebers und Quellen sowie der Informationen zum Projekt geteilt, genutzt und angepasst werden. Er ist unter der gleichen Creative Commons Lizenz zu lizenzieren.



Ein Projekt der Bildungsagenda NS-Unrecht

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages